Nr. 112. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 8. März 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Die Entwickelung der Kleinbahnen in Preußen.

Die Entwickelung der Kleinbahnen ist nach der Zeitschrift für Kleinbahnwesen auch in dem Jahre vom 1. Oktober 1896 bis 30. September 1897 in erfreulicher Weise weiter fortgeschritten. Während sich die Zahl der in den drei Jahren vom 1. Oktober 1892 bis 30. September 1895 und in dem Jahre vom 1. Oktober 1895 bis 30. September 1896 als selbstständige Unternehmungen genehmigten neuen Kleinbahnen auf 67 und 33 stellte, ergiebt sich für das Jahr vom 1. Oktober 1896 bis 30. September 1897 die Zahl von nicht weniger als 43 neu genehmigten Kleinbahnen. Rechnet man diejenigen Bahnen, welche nicht ausschließlich vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892, also streckenweise auch nach dem Inkrafttreten desselben genehmigt sind, und deren Unternehmer sich den Bestimmungen dieses Gesetzes unterworfen haben, ebenso wie die in der Zeit vom 1. Oktober 1892 bis 30. September 1896 genehmigten hinzu, so stellt sich die Gesamtzahl der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes genehmigten Kleinbahnen am 30. September 1897 auf 180 gegen 129 an demselben Zeitpunkte des Jahres 1896. Von diesen 180 Kleinbahnen befinden sich bereits im Betriebe 120 Bahnen, in der Ausführung begriffen sind 60. Von ihnen dienen dem Personenverkehr 62, dem Güterverkehr 10, dem Personen- und Güterverkehr 108, insbesondere dem Personenverkehr in Städten und deren Umgebung (nebenher auch dem Güter- und Gepäckverkehr) 64, dem Fremden- (Bade-) Verkehr 9, dem Personen- und Güterverkehr für Handel und Industrie 38, für landwirthschaftliche Zwecke 54 und annähernd in gleichem Maße für Handel und Industrie wie für Landwirthschaft 15. Die Spurweite ist die volle bei 69 Bahnen, 1,00 Meter bei 63, 0,75 Meter bei 23, 0,60 Meter bei 9, gemischt bei 6, abweichend bei 8 Bahnen; bei einer Bahn, der Schwebebahn von Vohwinkel über Sonnborn nach Elberfeld und Barmen, besteht systemmäßig eine Spurweite nicht. Als Betriebsmittel dienen Lokomotiven bei 104, elektrische Maschinen bei 43, thierische Kraft (Pferde, in einem Falle auch Ochsen) bei 22 und theils Pferde, theils elektrische Maschinen bei 7 Bahnen, ferner Drahtseile und theils Lokomotiven, theils elektrische Maschinen bei je 1 Bahn, sowie theils Lokomotiven, theils elektrische Maschinen bei je 1 Bahn, sowie theils Lokomotiven, theils Pferde bei 2 Bahnen. Von den jetzt im Ganzen vorhandenen 224 Kleinbahnen entfallen auf Ostpreußen 4, Westpreußen 6, Berlin 8, Brandenburg 26, Pommern 21, Posen 8, Schlesien 15, Sachsen 22, Schleswig-Holstein 14, Hannover 12, Westfalen 11, Hessen-Nassau 21 und die Rheinprovinz 56.

Von den nach Inkrafttreten des Kleinbahngesetzes ausgeführten oder genehmigten 180 Kleinbahnen entfallen auf Ostpreußen 4 (gegen 2 am 30. September 1896), Westpreußen 4 (4), Berlin 7 (6), Brandenburg 22 (14), Pommern 21 (17), Posen 8 (6), Schlesien 13 (8), Sachsen 14 (9), Schleswig-Holstein 11 (8), Hannover 10 (6), Westfalen 11 (10), Hessen-Nassau 11 (7) und die Rheinprovinz 44 (32).

Die deutschen Lebensversicherungsanstalten.

Das reichsstatistische Vierteljahrsheft enthält wichtige Beiträge zur Statistik der deutschen Lebensversicherungsanstalten im Jahre 1896. Berücksichtigt sind hierbei 58 Gesellschaften, für die die Geschäftsergebnisse auf Grund der von den Gesellschaften veröffentlichten Jahresberichte zusammen gestellt sind: Die Kapitalsversicherungen auf den Todesfall beliefen sich bei den hierbei in Betracht kommenden 45 Gesellschaften auf 5121 Millionen Mark, die sich auf 1 174 305 Polizen vertheilen. Seit dem Jahre vorher hat die Zahl der Polizen um 55 365 und die Versicherungssumme um 292 Millionen Mark zugenommen. An der Zunahme sind die Lebensversicherungsbank in Stuttgart mit 32,3, die Viktoria in Berlin mit 31,2, die Lebensversicherungsgesellschaft in Leipzig mit 24,8, die Karlsruher Lebensversicherung mit 20,9, die Germania in Stettin mit 19,5, die Lebensversicherungsbank in Gotha mit 18,5 Millionen Mark betheiligt. Der Abgang durch Sterbefälle betrug im letzten Jahr 68,6 Millionen Mark, durch Zahlbarwerden der Versicherungssumme bei Lebzeiten 11,5 und durch Aufgabe der Versicherung nicht weniger als 105,4 Millionen Mark. Neu aufgenommen sind im Ganzen Lebensversicherungen zu 477,5 Millionen Mark. Die Sterbekassen- (Begräbnißgeld-) Versicherung erreichte am Jahresschluß auf 435 954 Polizen die Höhe von 222,7 Millionen Mark. Die Zunahme im letzten Jahr betrug 15 489 Polizen und 6,4 Millionen Mark. Auch hier spielt die Aufgabe der Versicherung eine große Rolle, indem durch sie 14 757 Polizen mit 4,3 Millionen Mark Versicherungssumme in Wegfall kamen, während der Abgang durch Sterbefälle nur 7832 Polizen mit 2 Millionen Mark Versicherungssumme erreichte. Die Volks- und Arbeiterversicherung, mit der sich fünf Gesellschaften, vornehmlich die Viktoria in Berlin, befaßten, erreichte am Jahresschluß den Bestand von 1 255 878 Polizen mit 231,1 Millionen Mark Versicherungssumme. Der Zuwachs war hier sehr beträchtlich mit 439 738 Polizen und 71,6 Millionen Mark Versicherungssumme. Die Kapitalsversicherung auf den Erlebensfall umfaßte 253 431 Polizen mit 493,4 Millionen Mark Versicherungssumme. Gegen das Jahr vorher hat eine Zunahme um 21 432 Polizen und 33,9 Millionen Mark Versicherungssumme stattgefunden. Die Militärdienstversicherung, mit der sich acht Gesellschaften befaßten, erreichte 242 843 (gegen das Jahr vorher mehr 11 050) Polizen mit 279 (mehr 14,5) Millionen Mark Versicherungssumme. Verhältnißmäßig gering ist die durch die Statistik nachgewiesene Rentenversicherung. Sie umfaßte auf 42 115 (mehr 2756) Polizen 13,8 (mehr 1,4) Millionen Mark Jahresrente.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser soll nach einer Mittheilung der „Polem. Korresp." die Absicht hegen, dem Altreichskanzler Fürsten Bismarck einen Geburtstagsbesuch abzustatten. Nähere Bestimmungen über die Gefolgschaft des Monarchen seien noch nicht getroffen. — Der **Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst** hat als Ehrenvorsitzender des deutschen Zentralkomitees zur Errichtung von Heilstätten für **Lungenkranke** in das Präsidium desselben den Herzog von Ratibor berufen. — Gestern vollendete der oldenburgische Bundesrathsbevollmächtigte **Wirklicher Geheimrath Selkmann** sein 80. Lebensjahr. — In dem Befinden des **Oberbürgermeisters Fritsche zu Charlottenburg** ist am Sonntag Abend eine bedenkliche Verschlimmerung eingetreten. Es haben sich heftige Anfälle des Gallensteinleidens eingestellt. Die Schwäche hat zugenommen. Im Laufe des gestrigen Tages war eine Aenderung nicht eingetreten. — In Bernburg ist nach kurzem schweren Leiden der **Realgymnasialdirektor a. D. Dr. Wilhelm Fischer** im 77. Lebensjahre gestorben. — Der verstorbene **Generalkonsul William Schönlank**, der sein Interesse für wissenschaftliche Forschung über seinen Tod hinaus durch mehrfache bedeutende Legate an wissenschaftliche Vereine bethätigt hat, hat auch der Gesellschaft für Erdkunde in Berlin eine Summe von 50 000 Mark zu einer seinen Namen tragenden Stiftung testamentarisch zugewiesen. — Das Komitee zur Herbeiführung **allgemeiner studentischer Ehrengerichte** an der Universität Berlin hat beschlossen, sich aufzulösen. — Die Stadt Stuttgart wird künftig den im städtischen Dienste stehenden **Arbeitern**, die durch Alter oder Invalidität dienstunfähig geworden sind, eine freie **Rente** gewähren. Augenblicklich handelt es sich um 42 Arbeiter bei den Straßenbauten, für welche einstimmig in den nächsten Jahresetat die Summe von 20 000 Mark eingestellt worden ist. Dabei wurde mit 13 gegen 12 Stimmen die Frage verneint, ob den Arbeitern im Statut ein Rechtsanspruch auf die Rente zugebilligt werden soll. Ebenso wurde, und zwar mit 19 gegen 6 Stimmen, die Frage verneint, ob von den Arbeitern Beiträge gefordert werden sollen. Von verschiedenen Seiten wurde dabei betont, daß eine Forderung von Beiträgen nur möglich sei bei gleichzeitiger Erhöhung des Lohnes. — Die Kommission des sächsischen Landtags zur Berathung der **Vorlage über das Vereinsrecht** hat nunmehr Stellung zu dem Entwurf genommen. Die vier nationalliberalen Mitglieder erklärten ihre Zustimmung zur Vorlage, während die Konservativen, die über die Mehrheit in der Kommission und bekanntlich auch in der Kammer verfügen, für die Vorlage nur gegen Kompensationen stimmen wollen. Sie wollen einen Paragraphen in das Vereinsgesetz einfügen, wonach Personen weiblichen Geschlechts und Minderjährige in Versammlungen, wo öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, nicht zugelassen werden sollen. Das Verbot soll sich jedoch auf solche Versammlungen, wo Berufs- und Standesinteressen erörtert werden, nicht beziehen. Ein weiterer Absatz soll anordnen, daß vor Beginn einer jeden Versammlung von dem Versammlungsleiter eine Aufforderung an die Frauen und Minderjährigen, sich zu entfernen, zu richten ist. — Die **Stadterweiterung von Metz** hat in sehr stürmischer Sitzung den dortigen Gemeinderath beschäftigt. Die in Berlin anwesend gewesene Abordnung des Gemeinderaths, bestehend aus dem Bürgermeister und den beiden Beigeordneten, hat unter sich beschlossen, über das, was ihnen vom Kaiser Genaueres über die Pläne der Entfestigung und der neuen Befestigung mitgetheilt worden ist, unverbrüchliches Stillschweigen zu beobachten, bis die zur Zeit in der Ausarbeitung begriffenen Pläne von der Fortifikation dem Plenum des Gemeinderathes vorgelegt werden können. Die übrigen Gemeinderathsmitglieder verlangen nun aber von der Abordnung, daß sie dem Plenum Bericht erstatten solle. Bei dem morgigen Besuch des kaiserlichen Statthalters sind die Mitglieder der Abordnung in das Hotel de l'Europe zur Berichterstattung über die gehabte Audienz entboten.

Deutschland.

Berlin, 8. März. Bei der Abendtafel, welche am Sonnabend im königlichen Schlosse stattfand, drehte sich das Gespräch vornehmlich um den Gesundheitszustand der Kronprinzessin Stephanie. Der Kaiser erhielt während der Tafel ausführliche, telegraphische Bulletins. Im Uebrigen wurden Fragen der inneren Politik nicht berührt, dagegen erörterte der Monarch die Vorgänge in Asien und die Reise des Prinzen Heinrich. Viel bemerkt wurde der ungemein herzliche Empfang, dessen sich Graf und Gräfin Herbert Bismarck seitens des Kaiserpaares zu erfreuen hatten, sowie die besondere Intimität zwischen Herrn von Bülow und dem Grafen Herbert Bismarck. Nach der Tafel verabschiedeten sich die mit ihren Damen erschienenen Herren, während Dr. Güßfeld, Major Leutwein, Dr. Kohlstock und Frhr. v. Richthofen in zwangloser Unterhaltung zurückblieben.

— Sicherem Vernehmen nach wird der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Graf von Posadowsky die am 14. März zu Berlin stattfindende Plenarversammlung des deutschen Handelstages im Auftrage der deutschen Reichsregierung begrüßen.

— Die Abgeordneten Möller und Genossen haben zum Kultusetat den Antrag gestellt, die Staatsregierung aufzufordern, alsbald die Mittel bereit zu stellen, um die vom 1. April 1897 ab eingeführte Gehaltsaufbesserung für die Lehrer an den vom Staate unterhaltenen höheren Lehranstalten auch auf die Lehrer der vom Staate und Anderen gemeinsam unterhaltenen höheren Lehranstalten auszudehnen, bei denen die betheiligten Städte auf Aufforderung der Provinzialschulkollegien die Uebernahme ihrer Hälfte der Kosten für die genannte Besoldungsaufbesserung beschlossen und für ihre städtischen Anstalten eingeführt haben.

— Die „Post" giebt sich Mühe, die Königsberger Kundgebung des Bundes der Landwirthe zu decken. Das Blatt meint, man müsse „eben nicht außer Acht lassen, daß solche Resolutionen den Zweck haben, die Brücke von der früher von dem Bunde der Landwirthe befolgten einseitigen Interessenpolitik zu dem Standpunkt gleichmäßigen Schutzes aller Zweige der nationalen Arbeit zu bilden". Dazu bemerkt die „Nat.-Lib. Korr.": „Du ahnungsvoller Engel, Du!"

— Am Sonntag wurde in Karlsruhe die Landesversammlung der nationalliberalen Partei Badens abgehalten. Der Reichstagsabgeordnete Bassermann sprach über die Politik der Sammlung. Die „Nat.-Lib. Korr." verbreitet über seine Rede nachstehenden Bericht: Er erklärte sich für diese Sammlungspolitik, wenn sie sich auf einer mittleren Linie bewege unter Zurückdrängung aller extremen Forderungen. Insbesondere betonte er, daß die langfristigen Tarifverträge für die deutsche Industrie eine unbedingte Nothwendigkeit seien. Ob die heute vielfach verbreitete Ansicht zutreffe, daß es möglich ist, Handelsverträge mit einem autonomen Getreidezolltarif unter Zulassung der Meistbegünstigung abzuschließen, könne heute nicht entschieden werden. Jedenfalls werde die nationalliberale Partei bei dem seinerzeitigen Abschluß neuer Handelsverträge keinen Anstand nehmen, einen höheren Getreidezoll zu bewilligen, falls die Lage der Landwirthschaft noch so ungünstig wie gegenwärtig sein sollte. Diese Darlegungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Herr Fischer gab dann dem allgemeinen Wunsche der Partei Ausdruck, alles aufzubieten, um den Abgeordneten Bassermann bei den Neuwahlen als Vertreter eines badischen Wahlkreises zu erhalten. Es würde bedauerlich sein, wenn eine so hervorragende Kraft, wie es Herr Bassermann sei, in Baden nicht mehr in den Reichstag gelangen könne, sondern von auswärts gewählt werden müsse.

— Der „Köln. Ztg." wird aus Paris gemeldet: China erbat in Tokio Aufklärung in Betreff der dauernden Besetzung Weihaiweis nach Tilgung der Kriegsentschädigung und ließ dabei durchblicken, daß China dem nicht widerstrebe, doch falle dann die Zahlungspflicht fort.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber das Verhalten der österreichischen Parteien zu dem Kabinet Thun liegen folgende Mittheilungen vor:

Ein Kommuniqué der Vertrauensmänner der Rechten besagt: Die Rechte ist nicht entschlossen, die Regierung um jeden Preis zu unterstützen, sondern nur für den Fall, daß diese Willen und Entschlossenheit genug besitzen wird, um nach dem Programm der Rechten und im Geiste desselben die unhaltbaren Zustände dieser Reichshälfte zu ordnen. Würde Graf Thun in sein Kabinet auch Vertreter der bisherigen Opposition aufnehmen, so würde dadurch das Verhältniß gegenüber der Regierung des Grafen Thun wohl noch kein geradezu feindseliges werden müssen. Allein es könne nicht jenes Verhältniß sein, das in so ernster Zeit zwischen der Regierung und der Mehrheit des Parlaments unerläßlich ist.

Die „Neue Fr. Pr." veröffentlicht ein Gespräch mit einem ungenannten Mitgliede des Kabinets Gautsch, dessen Eintritt in das neue Kabinet das Blatt als sicher angiebt. Dieses Gespräch enthält die wiederholte, bestimmte Versicherung, daß ein gewaltsamer Umsturz, ein Staatsstreich oder eine Verfassungs-Aenderung vom Kabinet Thun, welches als Konzentrationskabinet der gemäßigten Gruppen des Reichsraths gedacht sei, absolut nicht zu erwarten stehe.

Wie die „Neue Fr. Pr." ferner meldet, ist über den Eintritt des Dr. v. Bärnreither in das Kabinet Thun eine Entscheidung noch nicht getroffen. In den Prager deutsch-fortschrittlichen Kreisen hält man den Eintritt Dr. v. Bärnreithers für schwer denkbar. Die deutsche Fortschrittspartei würde in dem Eintritt desselben kein Zugeständniß an sie erblicken. In der Mittwoch oder Donnerstag stattfindenden Konferenz der Vertrauensmänner der deutschen Fortschritts- und der Volkspartei wird auch die Frage der Fortführung der Obstruktion besprochen werden. Graf Thun ist, wie es heißt, falls es ihm nicht gelingt, das Parlament aktionsfähig zu machen, entschlossen, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Schweiz.

Zürich, 7. März. Der Deutsche Schulverein erließ einen Aufruf an sämtliche deutschsprechende Schweizer, den czechischen Uebermuth zu beantworten durch den Boykott der böhmischen Industrieprodukte, namentlich Bier, Glas und Schinken.

Frankreich.

Paris, 7. März. Das Kassationsgesuch Zolas wird erst in drei oder vier Wochen erledigt werden. Es stützt sich hauptsächlich auf vier Punkte: 1. Das Eingreifen der Generale de Boisdeffre und de Pellieux; 2. die Thatsache, daß aus dem Briefe Zolas „J'accuse", der in der Absicht seines Verfassers ein Ganzes bildete, nur einzelne Stellen herausgegriffen worden sind; 3. auf zahlreiche Formfehler, die sich bei einer genauen Prüfung der Prozeßverhandlungen herausstellen werden; 4. auf die ungenügende Motivirung der Entscheidungen des Schwurgerichtshofs, der alle Schlußanträge der Vertheidigung grundsätzlich zurückwies.

Italien.

Rom, 7. März. Deputirtenkammer. Der Präsident gedenkt in äußerst theilnahmsvoller Weise Cavallottis und macht folgende Vorschläge: zum Zeichen der Trauer die Sitzung aufzuheben, auf dem Kammergebäude für die Dauer von acht Tagen eine Trauerfahne aufzuziehen, auf dem Grabe einen Bronzekranz niederzulegen sowie schließlich der Stadtverwaltung von Corteolona, dem Hauptorte von Cavallottis Wahlbezirk, Beileidsbezeugungen zu übersenden. Der Ministerpräsident Marquis di Rudini schließt sich den Worten und Vorschlägen des Präsidenten an, welche einstimmig Billigung finden. Die Sitzung wird sodann geschlossen.

England.

London, 7. März. Unterhaus. Sir Ashmead Bartlett fragt an, ob eine Bestätigung der Nachricht eingetroffen sei, daß Rußland die Besetzung oder die Annexion der Deer-Inseln gegenüber von Fusan beabsichtige, ferner daß die Russen die Forts von Port Arthur verstärken und Port Arthur praktisch an Rußland abgetreten sei. Der Untersekretär des Auswärtigen Curzon antwortet, er habe keine Bestätigung irgend eines dieser Gerüchte. Bartlett fragt sodann, ob eine Bestätigung der heutigen „Times"-Meldungen über die neuesten Forderungen Rußlands an China eingetroffen sei. Curzon erwidert, daß auch bezüglich dieser Gerüchte noch keine Bestätigung vorliegt. Sodann wünscht Bartlett Auskunft über den Zustand von Swaziland, besonders über die Gerüchte, daß das Land praktisch von Transvaal annektirt sei. Der Staatssekretär der Kolonien, Chamberlain, erwidert, er habe keine besondere Information betreffend das Swaziland dem Hause mitzutheilen; eine Veränderung in der politischen Haltung dieses Landes sei seit der Konvention von 1894 nicht eingetreten. Die von Bartlett ihm (Chamberlain) eingehändigten Klagen der Swazi seien dem dortigen Oberkommissar zur Untersuchung übersandt worden. Der Erste Lord des Schatzes Balfour erklärt, der Nachtragskredit für Westindien decke sich in keinem Sinne mit der in der Thronrede enthaltenen Erklärung betreffend Westindien. Er könne nicht sagen, wann Chamberlain in der Lage sein werde, die in der Thronrede angekündigten Vorschläge zu unterbreiten. Auf weitere Anfragen Labouchere's erklärt der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, es sei ganz unmöglich, daß die Vorschläge vor Pfingsten unterbreitet würden. Die Regierung unterhandle mit den Vereinigten Staaten und mit Kanada über ein Reziprozitätsabkommen. Bis diese Unterhandlungen abgeschlossen, die Ergebnisse derselben den gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten und Kanadas unterbreitet und von ihnen angenommen worden seien, sei es ganz unmöglich, sich eine Vorstellung davon zu machen, wie die Lage West-Indiens sich gestalten werde. Houldsworth fragt die Regierung, ob es der ursprüngliche Voranschlag des indischen Finanzministers gewesen sei, daß 15 Millionen Pfund in Gold genügen würden, um Indien die Goldwährung zu sichern und die gegenseitige Umtauschbarkeit von Sovereigns und Rupien zu garantiren; ferner fragt Houldsworth, ob da sechszehn Millionen Gold schon seit der Schließung der Münzen im Jahre 1893 geborgt seien, die Goldwährung für Indien jetzt gesichert sei, oder ob eine weitere Anleihe für diesen Zweck nöthig sei. Der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, erwidert, Barbeur als Finanzmitglied des indischen Raths habe im Protokoll vom 21. Juni 1892 seine Ansicht dahin ausgedrückt, daß etwa fünfzehn Millionen Pfund in Gold im Verhältniß zum aktiven Umlauf Indiens ausreichend sein würden, um die Goldwährung effektiv aufrecht zu erhalten. Seit Schließung der Münzen sei eine Sterlingsschuld für Zwecke eines solchen Fonds aufgenommen worden. Alle aufgenommenen Schulden seien für andere Zwecke bestimmt gewesen. Ueber den letzten Theil der Anfrage sei er nicht bereit jetzt Auskunft zu geben. Houldsworth fragt an, ob Gold unter dem jüngst in Indien angenommenen Gesetz zur Ausgabe von Noten im Austausch für in London hinterlegtes Gold bei der Bank von England deponirt worden sei. Der Staatssekretär für Indien, Hamilton, erwidert, es sei kein Gold in der Bank von England unter dem jüngsten Gesetz hinterlegt worden, und fügt hinzu, er habe Grund zu glauben, daß die Durchführung des Gesetzes eine Verbesserung der indischen Finanzlage bewirkt habe und keineswegs unwirksam sei.

Asien.

Bombay, 7. März. Die Reibung zwischen der Stadtverwaltung und der Pestkommission hat letzten Sonnabend den höchsten Grad erreicht, als die Stadtverwaltung die Zahlungen an die Kommission einstellte. Anweisungen waren ausgestellt in Höhe von 38 000 Rupien, während sich nur 4800 auf der Bank befinden. Es wurde eine Zusammenkunft im Palast der Regierung abgehalten, um eine Lösung der Frage zu versuchen, eine zweite Zusammenkunft berief die Korporation. Große Unruhe herrscht in Bombay. Die Agitation gegen die Pestmaßregeln nimmt noch zu. Die Kleiderhändler sollen die Absicht haben, die Läden zu schließen zum Zeichen des Protestes gegen das neue Pestreglement, das geeignet sei, die Empfindlichkeit der Hindus zu verletzen. Die Sterbefälle an der Pest häufen sich, da die Krankheit bösartiger wird.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. März. Täglich treffen jetzt Dampfer und Segelschiffe mit schwedischem Blockeis hierselbst ein und zu welchem Geschäftsumfang sich die Eislieferung gestaltet, geht daraus hervor, daß in Christiania Aufträge auf 1 Million Tonnen eingegangen sind. Die hiesige Fleischer-Innung hat sich durch Abschluß ihren Eisbedarf möglichst gesichert, dagegen scheinen für Biertrinker die Aussichten noch etwas trübe zu sein. Die Freude, welche bei der letzten Versammlung der Pommerschen Gastwirthe-Vereinigung geherrscht hat, als die Mittheilung gemacht wurde, daß durch das Entgegenkommen der vereinigten Brauereien Aussicht sei, die Eiskalamität für den Sommer zu beseitigen, hat nicht lange gewährt. Denn die Verhandlungen, welche bereits einen günstigen Abschluß hoffen ließen, scheinen gänzlich gescheitert zu sein, das Entgegenkommen war nur einseitig. Es soll versucht werden, die Eisfrage in anderer Weise zu lösen, aber sicher ist, daß im Detailverkauf das Eis in der heißen Jahreszeit sehr theuer wird zu stehen kommen und es wird daher an „Warm-Bier" nicht fehlen.

— In der Sitzung des Vereins Stettiner Kaufleute vom 4. d. M. berichtete der Vorsitzende Herr Zimmermann „über Posener Verhältnisse", woselbst derselbe bekanntlich im dortigen Kaufm. Verein am 25. v. M. einen Vortrag „über wirthschaftliche Schäden der Konsum- und Beamtenvereine 2c." in dem überfüllten Saale des Hotel Viktoria hielt, welchem auch Vertreter der Regierung, der Stadt und der Handelskammer beiwohnten. Redner schilderte zunächst die Verhältnisse des Stettiner Konsumvereins, in welchem der V. St. K. zur Zeit festgestellt habe, daß derselbe (seine Waaren) die hauptsächlichsten Verbrauchsartikel um ca. 5 Prozent selbst unter Anrechnung der Dividende theurer als Kaufleute verkaufte. Die in einer Filiale konfiszirten falschen Maaße und Gewichte haben zurückgegeben werden müssen, da solche Vereine einer Maaß- und Gewichtsrevision nicht unterliegen. Es sei auch festgestellt worden, daß die Waaren in den verschiedensten Filialen mit Untergewicht verkauft wurden, was auch alles öffentlich gestellt worden sei. Trotzdem wachse der Konsum-Verein, besonders durch Sozialdemokraten, die sich für ihre Zwecke der Konsumvereine zu bemächtigen suchten, lawinenartig, in der Sucht nach Dividende, die wie ein Gewinn aussehe, es aber in der That nicht sei. Am allerwenigsten seien solche Vereine als eine Wohlfahrtseinrichtung hinzustellen. Selbst zugegeben, daß es vielleicht Konsumvereine giebt, die ihren Mitgliedern kleine Vortheile bieten mögen, so stände der geringe Nutzen in gar keinem Verhältnisse zu dem ungeheuren Schaden, den sie anrichteten, denn sie ruinirten thatsächlich tausende von Existenzen. Im Allgemeinen sorgte schon besonders in großen Städten die Konkurrenz für so billige Preise, daß sie Konsumvereine selbst unter Anrechnung der Dividende nicht mehr unterbieten können. Eine neue Art von Brodgeschäften betriebe auch der Stettiner Konsumverein mit Bäckern aus den Vororten, er gestattet solchen, an Vereinsmitglieder Brode ausfahren zu dürfen, nur müssen sie dem Vereine 14 Prozent vom Umsatz zukommen lassen, natürlich würde das Brod dafür 3/4—1 Pfund leichter gebacken, darnach fragte aber die Frau eines Vereinlers nicht, sie erhält ja ihre Dividende, wofür sie sich dann irgend einen Luxusgegenstand leiste. Redner schildert weiter die Konsumvereine in Sachsen und Würtemberg, die erst recht seit dem neuen Genossenschaftsgesetze gleich allen derartigen Vereinen wachsen. Alle diese Vereine zahlten aber wenigstens eine theilweise Steuer. Ganz frei von Staats- und Gemeindeeinkommensteuer seien aber Konsumvereine, welche keine eingetragene Genossenschaft, sondern eine freie Vereinigung bildeten, so gäbe es z. B. einen in Breslau, der 1893 34 336 Mitglieder zählte und einen Umsatz von 9 138 980 Mark mit einem Reingewinn von über 1 000 000 Mark erzielte. — Heute zähle derselbe bereits 58 289 Mitglieder mit 58 offenen Verkaufsläden. Redner erwähnt ferner die Schäden des Görlitzer Waareneinkaufsvereins, wie der Waarenbazare mit ihrem billigen Plunderkram, wie der vielen Filialgeschäfte und geht dann näher auf die Posener Verhältnisse ein. In Posen existire ein Wirthschaftsverband der Lehrer, dem auch beliebig andere Personen angehörten, derselbe habe es sich zur Aufgabe gestellt, von Gewerbetreibenden jeglicher Art möglichst hohe Prozente herauszuholen und Geschäfte, die sich dem nicht beugen, förmlich zu boykottiren. Solchem Unfuge zu steuern, sollte in erster Reihe Aufgabe des Vereins Posener Kaufleute sein. Die paar Lehrer mit einigen Hintermännern bildeten doch lange nicht alle Käufer Posens und die Kaufleute, welche Rabatt gäben, müßten doch, um einen entsprechenden Nutzen zu haben, die Prozente auf die Waare schlagen, oder sie würden sich eine Uebervortheilung sämtlicher andern Käufer schuldig machen. Der Verein sollte nur alle Rabattgeber mal einberufen, um über die Abstellung dieses Humbugs zu berathen, und bei Kaufleuten, die dennoch beim Rabattgeben blieben, selbst nichts mehr kaufen, resp. diese in geeigneter Weise öffentlich stellen. Der V. St. K. habe auf diese Weise es doch dahin gebracht, daß das Rabattgeben für Beamte in Stettin aufgehört habe. Als schlimmsten Auswuchs kennzeichnete Redner die Beamten-Konsumvereine. Der Posener Beamtenverein habe einen Umsatz von 1/2 Million gehabt, wovon 350 000 Mark auf Kolonialwaaren 2c. und 150 000 Mark auf Brod entfiel. Ein verhältnißmäßig großer Nutzen sei bei Broden geblieben, aber woher komme dieser? Der Verein sage zwar in seinem Bericht, daß er keinerlei Vorzüge der Behörden genieße, aber abgesehen von den Steuerverhältnissen, so sei es dem Beamtenverein gestattet worden, eine eigene Bäckerei, Mehlspeicher, Stallungen 2c. auf fiskalischem Boden, auf Bahnterrain zu erbauen, für diesen umfangreichen Platz zahle er ganze 15 Mark Miethe pro anno. Redner hält es überhaupt für unzuläßig, daß derartige Baulichkeiten auf Bahnterrain errichtet worden seien und zweifelt daran, daß davon dem Ministerium etwas bekannt sei. Hier wäre es Aufgabe der Gewerbetreibenden, alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß diese Baulichkeiten wieder vom Erdboden verschwinden, denn hier scheine ein Staat im Staate seine Hand im Spiele gehabt zu haben. Von dem Grundsatze ausgehend, Schuster bleib bei Deinem Leisten, sollte der Beamte seines Amtes walten. Für die Beamten sei in allen Lebenslagen durch Gehalt und Pension gesorgt, welche Einkünfte zum großen Theil eben durch die Gewerbetreibenden gedeckt würden und habe der Beamte schon aus diesem Grunde die Pflicht, die Gewerbetreibenden in ihrem Erwerbe zu schützen, resp. seine ganze Thätigkeit für Gehalt und Pension dem Staate und nicht zum Theil solcher Vereinsthätigkeit zu widmen. Es könne nicht zugestanden werden, daß die vielen Tausende von Gewerbetreibenden nicht mindestens für den Staat dieselbe Bedeutung haben sollten, wie die Beamten, welche Hand in Hand mit den Konsumvereinen auf deren Verderben zumal noch durch die vielerlei Vergünstigungen hinarbeiteten. Darum fort mit allen Beamtenkonsumvereinen. Redner kommt dann darauf zu sprechen, wer denn den Kleinhandel eigentlich vertrete, er sei weder im Reichstage noch sonst wo vertreten, dies habe man bei der Frage der Kleinhandelsenquete sehen müssen, da hätten es die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft abgelehnt, überhaupt der Regierung diese Frage zu beantworten. Freilich wissen die Vorsteher solcher Korporationen, die gewöhnlich Millionäre seien, nicht, wie es im Kleinhandel aussehe, darum seien überall neben den Korporationen Handelskammern anzustreben. Die Posener Versammlung habe schließlich folgende Resolution angenommen: Die heute im Hotel Viktoria versammelten Gewerbetreibenden aller Art erklären sich mit den Ausführungen des Herrn Zimmermann-Stettin einverstanden, sie erkennen das Bestreben im Handelsstande, insbesondere Konsumvereinen und Großbazaren entgegenzutreten, als für das Wohl der gesamten Kaufmannschaft als unbedingt nothwendig an, und fordern für derartige Geschäftsbetriebe eine progressive Umsatzsteuer, für die Konsumvereine aber außerdem die baldige Beseitigung aller für sie bestehenden Ausnahmestellungen, wie ein striktes Verbot aller Beamtenkonsumvereine und Beamtenwaarenhäuser.

— Die diesjährigen Herbstübungen der 3. Division finden in den Kreisen Stadt Stettin, Randow, Greifenhagen und Ueckermünde,

sowie in demjenigen Theile des Kreises Pyritz, welcher nach Osten hin durch den Plöne- und Madüe-See begrenzt wird, statt.

— Die Bestimmungen, den Freiwilligendienst der Volksschullehrer in der Uebergangszeit bis 1900 betreffend, haben folgenden Wortlaut: 1. Die Einstellung erfolgt am 1. April jeden Jahres. 2. Ein Recht auf die Wahl des Truppentheiles haben die Volksschullehrer nicht; die Vertheilung auf die Infanterie-Truppentheile bewirkt das General-Kommando. 3. Die demselben Truppentheil (Bataillon) überwiesenen Lehrer sind grundsätzlich gemeinschaftlich unterzubringen. 4. Sie nehmen an der Rekrutenausbildung der Einjährig-Freiwilligen Theil und treten alsdann in die Kompagnien. Sie sind, insoweit sie sich nach ihrem Diensteifer hierzu eignen, nach Anordnung der Regiments-Kommandeure zu Unteroffizieren der Reserve und Landwehr auszubilden. 5. Nach sechsmonatlicher Dienstzeit darf eine Beförderung derjenigen Volksschullehrer ꝛc., welche sich gut geführt und ausreichende Dienstkenntnisse erworben haben, zu überzähligen Gefreiten stattfinden. 7. Wer sich bei der Entlassung nach dem Urtheil der Vorgesetzten als Unteroffizier der Reserve und Landwehr eignet, ist als Unteroffizier-Aspirant zu entlassen. In Fällen hervorragender Leistungen kann bei musterhafter Führung und Haltung eine Beförderung zum überzähligen Unteroffizier ausnahmsweise bei der Entlassung aus dem aktiven Dienst erfolgen. Im Uebrigen sind Beförderungen gelegentlich der Uebungen zulässig.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat in einem Erlaß an die königlichen Eisenbahndirektionen bestimmt, daß 50 von den am 1. April d. J. hinzukommenden 100 Stellen für Fahrkartenausgeber und -Ausgeberinnen sowie diejenigen von den übrigen, welche von Militäranwärtern etwa nicht begehrt werden, ausschließlich mit voll beschäftigten Gehülfinnen zu besetzen sind. Zu diesem Zwecke ist für den ganzen Staatsbahnbereich eine gemeinschaftliche Anwärterliste aufgestellt, nach welcher bis auf Weiteres die königliche Eisenbahndirektion in Berlin die nach der Dauer der Beschäftigung zur Anstellung herangerückten Gehülfinnen bezeichnen wird. Die Fahrkartenausgeberinnen haben bei der etatsmäßigen Anstellung den Diensteid als Staatsbeamte abzulegen. Die Anstellung erfolgt unter dem Vorbehalt einer verwaltungsseitigen einmonatigen Kündigung. Es verbleibt auch für die Folge bei dem Grundsatze, daß nur unverheirathete weibliche Personen, kinderlose Wittwen, welche der Pflege ihrer Kinder überhoben sind, in selbstständiger Stellung als voll beschäftigte Gehülfinnen zu verwenden sind. Demgemäß wird das Dienstverhältniß im Falle der Verheirathung der Fahrkartenausgeberinnen mit dem Ablauf desjenigen Kalendervierteljahres aufgelöst, in welchem die Eheschließung erfolgt. Das Diensteinkommen der Fahrkartenausgeberinnen ist dem der Fahrkartenausgeber gleichgestellt. Das Mindestgehalt beträgt jährlich 1100 Mark und steigt in 15 Jahren auf 1500 Mark; daneben wird der Wohnungsgeldzuschuß für Unterbeamte gewährt.

— Ueber den Wassergehalt der Butter soll nach der „Staatsbürger-Zeitung" ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sein. Als höchste Grenze soll ein Wassergehalt von 15 pCt. zugelassen werden.

— Gebrauchsmuster sind eingetragen: für Mühlenbaumeister J. Heyn in Stettin auf ein geschlitztes Excenter für Sägeangeln und für Otto Helm in Stettin auf ein Siphon mit zwischen Kohlensäure und Getränk angeordnetem Schwimmer.

— Unsere beliebte heimische Konzertsängerin Frau Elisabeth König-Magnus veranstaltet am 18. d. M. ein großes Konzert in der Abendhalle und dürfte sich dasselbe sehr interessant gestalten, da die Pianistin Fr. Th. Slottko aus Berlin und Frau Mary Clement geb. Wilken ihre Mitwirkung freundlich zugesagt haben.

— Wie die Direktion des Stadttheaters mittheilt, ist dieselbe durch den Kontraktbruch des Frl. Königsstätter gezwungen, die Erstaufführung der Oper „Boheme" bis zur nächsten Saison zu verschieben. Dagegen sind für diese Saison in der Oper noch in Vorbereitung: „Ringo" von E. O. Volborth, „Hans Heiling", „Tristan und Isolde" und „Heimchen am Herde". — Mittwoch gelangt „Johannes", Donnerstag zum Benefiz für Frl. Hesse und Frl. Kallweit „Im weißen Rößl" zur Aufführung.

* In der Zeit vom 27. Februar bis 5. März 1898 sind hierselbst 36 männliche und 25 weibliche, in Summa 61 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 30 Kinder unter 5 und 11 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 8 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 5 an Lebensschwäche, 4 an entzündlichen Krankheiten, 3 an Grippe, je 2 (beide von außerhalb) an Scharlach und an Abzehrung und je 1 an Masern, Durchfall, Schwindsucht, Herzleiden und anderer chronischer Krankheit. Von den Erwachsenen starben 12 an Schwindsucht, 7 an entzündlichen Krankheiten, 4 an Gehirnkrankheiten, 3 an Krebskrankheiten und je 1 an Schlagfluß, organischer Herzkrankheit, Altersschwäche, Wochenbettfieber und bei 1 war die Todesursache unbekannt.

* Schon seit längerer Zeit nimmt ein auf dem Grundstück Pölitzerstraße 77 errichteter umfangreicher Neubau die allgemeinste Aufmerksamkeit in Anspruch. Die im eigenartig-vornehmen Styl errichteten Baulichkeiten gehören sämtlich zu dem neuen Vergnügungs-Etablissement „Reichsadler", dessen Besitzer Herr Restaurateur Heinrich Maaß ist, der ehemalige Pächter des benachbarten „Reichsgarten". Eine kurze Beschreibung der Gebäude und deren Einrichtungen dürfte von Interesse sein. In dem zu ebener Erde belegenen Geschoß an beiden Seiten des Eingangsflurs liegen die bequem eingerichteten Räume zur Aufbewahrung der Garderobe. Von diesem Flur aus führt eine Vestibule-Treppe in das erste Stockwerk, in dem sich die Säle und sämtliche übrigen dazu gehörigen Räume befinden. Einen imposanten Eindruck macht der große, ungewöhnlich hohe Saal. Die Decke desselben ist als Kappengewölbe hergestellt und durch Füllungsfriese eingetheilt. Prachtvolle, künstlerisch ausgeführte und verschiedenartig gegliederte Malerei schmückt die Decke. In unmittelbarer Verbindung mit dem großen Saal steht ein nur durch zwei Pfeiler von diesem getrennter Sonderraum, von dem aus der ganze Saal und auch das als Orchester und Bühne verwerthbare Podium bequem übersehen werden kann. Hinter und neben dem Podium befinden sich sehr praktisch angelegte große Räume als Theatergarderobe. Ferner gehört zu dem Saal, in dem im Ganzen 500 bis 600 Personen, an Tischen sitzend gerechnet, bequem Platz haben dürften, noch ein großes Nebenzimmer mit mächtigen Glas-Flügelthüren. Ein langer, gleichfalls sehr gefällig ausgestatteter Wandelgang führt am Buffet vorbei zu mehreren großen, nach der Straße zu belegenen, für Vereins- und Versammlungszwecke und kleinere Festlichkeiten sich eignenden Zimmern. Der ganze nach Entwürfen und unter Leitung des Architekten Herrn W. O. Zimmermann hergestellte Neubau gereicht dem Erbauer zur Ehre und wird gewiß bald zu den beliebtesten Vereins-Vergnügungsstätten Stettin gehören.

24. Provinzial-Landtag von Pommern.

Stettin, 8. März.

Heute Mittag fand im Sitzungssaale des Landhauses die Eröffnung des 24. Provinzial-Landtages für Pommern durch den königlichen Landtags-Kommissarius, Herrn Oberpräsident von Puttkamer Excellenz, mit folgender Rede statt:

Hochgeehrte Herren!

Nachdem des Kaisers und Königs Majestät Allergnädigst geruht haben, den 24. pommerschen Provinziallandtag auf heute zu berufen, habe ich die Ehre, Sie beim Beginn Ihrer diesmaligen Sitzungen willkommen zu heißen.

Auch im verflossenen Jahre ist Ihnen der Verlust werther Mitglieder nicht erspart geblieben. Ihr Gedächtniß und ihre treue Mitarbeit an dem Wohle der Provinz wird unter Ihnen und in der Provinz in Ehren fortleben.

Den wichtigsten Gegenstand Ihrer Berathung und Beschlußfassung in der bevorstehenden Tagung wird die Vorlage des Provinzialausschusses, betreffend die Aufbesserung der Gehälter der Provinzialbeamten bilden, eine Maßregel, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht länger ausgesetzt bleiben konnte. Sie werden dabei ebensowohl wie die Gehaltssätze und das Verhältniß der Aufsteigung in die höheren Besoldungsklassen, so auch die Ihrer Billigung unterbreiteten Grundsätze über Anstellung und Beförderung der Beamten Ihrer sorgfältigen und zugleich wohlwollenden Prüfung unterziehen.

Im Zusammenhange hiermit steht die Vorlage eines neuen, nach dem Vorbilde der neuerdings für den Bereich der Staatsverwaltung erlassenen gesetzlichen Bestimmungen gestalteten Regulativs über die bei Dienstreisen in Angelegenheiten der Provinzialverwaltung zu gewährenden Reisekosten und Tagegelder.

Wenn es trotz der angekündigten Besoldungsaufbesserung der Provinzialbeamten gelungen ist, den Voranschlag für das Etatsjahr 1898—99 ohne Erhöhung der Provinzialabgaben aufzustellen, so wollen Sie hieran die haushälterische Sorgsamkeit erkennen und würdigen, mit welcher die Finanzverwaltung der Provinz geführt wird.

Bei diesem immerhin günstigen Stand Ihrer Finanzen werden Sie, wie ich vertraue, um so weniger Anstand nehmen, der an Sie herantretenden Bitte des Hülfs-Komitee's für die durch die Sommerhochfluthen des vergangenen Jahres verursachten Beschädigungen in den Kreisen Randow und Greifenhagen um einen Beitrag zur Linderung des Nothstandes ein geneigtes Ohr zu leihen, als auch die anderen betheiligten Provinzen sich zu erheblichen Opfern bereit erklärt haben.

Der Bau von Kleinbahnen, in Bezug auf den wir allen anderen Provinzen weit vorausgeeilt sind, hat auch im verflossenen Jahre, wie Sie aus der Ihnen vorgelegten Nachweisung mit Befriedigung ersehen werden, weitere Ausdehnung genommen; und wenngleich, wie dies in der Natur der Sache liegt, die finanziellen Betriebsergebnisse bisher nur bei einem Theile der ausgeführten Linien befriedigende genannt werden können, so liegen doch die ungemein großen wirthschaftlichen Wohlthaten dieses Verkehrsmittels so offenbar am Tage, daß an seiner Gemeinnützlichkeit ein Zweifel nicht aufkommen kann, selbst wenn in Folge noch größerer Ausdehnung unseres Kleinbahnnetzes die Provinz in die Lage versetzt werden sollte, in Zukunft die für die Förderung dieses Verkehrsmittels bestimmten Fonds noch zu erhöhen.

Der Erlaß neuer Bestimmungen über die Hengstkörung ist in Aussicht genommen. Die Provinzialvertretung hat bisher die nicht durch die Körgebühren gedeckten Kosten des Körgeschäfts getragen, jedoch nur mit der Einschränkung, daß die Körordnung und ihre etwaigen Abänderungen Ihrer Prüfung und Zustimmung unterliegen. Allerdings ist in Aussicht genommen, die Landwirthschaftskammer in dieser Beziehung an die Stelle des Provinzialverbandes treten zu lassen. Da die Landwirthschaftskammer jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt hierüber Beschluß fassen wird, und dessen Ergebniß zur Zeit noch nicht sicher ist, so werden die von mir mit dem Provinzialrathe vereinbarten neuen Bestimmungen der Körordnung vorläufig auch Ihnen zwecks Zustimmung und subsidiärer Kostenübernahme vorgelegt werden, insoweit nicht der Provinziallandtag, dem auch von mir empfohlenen Antrage Ihres Provinzial-Ausschusses entsprechend, geneigt ist, die bis zum 1. Oktober 1900 beschlossene subsidiäre Uebernahme der Kosten fortdauern zu lassen, ohne in eine Prüfung der Abänderungen der Körordnung einzutreten.

Der Bau der Provinzial-Irrenanstalt zu Treptow a. R. ist planmäßig vorgeschritten und wird voraussichtlich bis zum Herbste des nächsten Jahres vollendet sein.

Das Gesetz, welches auch den pommerschen Kreisen die Befugniß beilegt, Fabriken und andere industrielle Etablissements zu Vorausleistungen für den Wegebau heranzuziehen, ist unter dem 8. März 1897 vollzogen. Von dieser Befugniß ist bisher nur ganz vereinzelt Gebrauch gemacht.

Ihrer Genehmigung empfehle ich den in das Ordinarium des Provinzial-Haushaltsetats aufgenommenen Jahresbetrag von 6000 Mark zur Unterhaltung der in Stettin zu gründenden Baugewerkschule.

Indem ich Sie, geehrte Herren, einlade, in Ihre diesmaligen Arbeiten mit bewährtem Eifer einzutreten, erkläre ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs den 24. Pommerschen Provinzial-Landtag für eröffnet.

Als Alterspräsident brachte sodann Herr Amtsvorsteher a. D. Wolff-Bredow ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus und wurde sodann zur Wahl des Präsidenten geschritten. Durch Zuruf wurde der Wirkl. Geh. Rath Herr von Köller-Kantreck zum ersten, Herr Oberbürgermeister Haken-Stettin zum zweiten Präsidenten wiedergewählt; beide nehmen die Wahl dankend an. Der Präsident theilt mit, daß zwei Mitglieder des Provinziallandtages durch den Tod abberufen worden sind, nämlich die Herren Generallandschaftsdirektor v. Kamecke-Warnin und Landrath v. Kleist-Retzow. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Als Vertreter der Regierung sind vom Herrn Oberpräsidenten die Herren Oberpräsidialrath Hagen und Regierungsrath v. Strantz designirt. Nach Feststellung der Präsenzliste fand die Verloosung zur Bildung der Abtheilungen — sowie die Ueberweisung der Vorlagen an die Abtheilungen und Kommissionen statt, worauf die Sitzung geschlossen und nach einstündiger Pause um 2 Uhr wieder eröffnet wurde. Inzwischen hatten sich die Kommissionen gebildet. Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung standen nur Wahlprüfungen und Angelegenheiten der Geschäftsordnung.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 8. März. Die dritte Strafkammer des Landgerichts hatte sich heute mit der Einbrechergesellschaft Ziebell und Genossen zu beschäftigen, doch gelangte nur ein Theil der von dieser gefährlichen Bande ausgeführten Diebstähle zur Aburtheilung, da bezüglich einer ganzen Reihe ähnlicher Strafthaten das Ermittelungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Auf der Anklagebank mußten Platz nehmen: der Maurer Franz Ziebell, der Arbeiter Karl Brenzmann, der Arbeitsbursche Gustav Gode, der Arbeiter Otto Stapel genannt Menge, der Arbeiter Karl Gustav Sprenger und der Arbeiter Max Hoppe. Die Angeklagten stehen sämtlich noch in jugendlichem Alter, Gode hat das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet. Gewöhnlich zogen die Diebe zu drei oder vier vereinigt auf Raub aus und pflegte dann gewöhnlich einer Wache zu halten, während die anderen arbeiteten. Verdächtig hatten sich zunächst Ziebell und Brenzmann dadurch gemacht, daß sie seltene Thalerstücke verausgabten, welche im Komtoir der Elysium-Brauerei gestohlen worden waren. Die hierauf vorgenommenen Haussuchungen führten schließlich in Verbindung mit den Angaben der Beschuldigten zur Aufhebung der ganzen Bande. Die Angeklagten waren der Hauptsache nach geständig, außer dem schon erwähnten Einbruch in der Elysium-Brauerei fallen ihnen noch zur Last: Ein Diebstahl im Brunnenhäuschen in den Anlagen, wobei Lebensmittel, Spirituosen, Zigarren und Zigaretten erbeutet wurden, ein versuchter Diebstahl im Hause Große Domstraße 22, dort hatten die Einbrecher bereits mehrere Bodenkammern geöffnet, als sie verscheucht wurden. Ferner ein Einbruch im Komtoir einer Kohlenhandlung in der Kronenhofstraße, ein solcher in der Friedrich-Karlstraße, ein Einbruch in der Handelsbude am Bollwerk 19 und endlich ein Diebstahl an einem Achtel Bier aus der Elysiumbrauerei. Nach dem Ergebniß der Beweisaufnahme erachtete das Gericht für erwiesen bei Ziebell fünf schwere Diebstähle, einen versuchten schweren und einen einfachen Diebstahl, bei Brenzmann vier vollendete und einen versuchten schweren Diebstahl sowie Hehlerei in einem Falle, bei Gode und Sprenger Beihülfe zum schweren Diebstahl in einem bezw. zwei Fällen und bei Gode Hehlerei, bei Stapel drei vollendete und einen versuchten schweren Diebstahl im wiederholten Rückfall, bei Hoppe ein schwerer Diebstahl. Stapel wurden noch einmal mildernde Umstände zugebilligt und bei allen Angeklagten auf Gefängnißstrafen erkannt, dieselben wurden festgesetzt gegen Gode und Hoppe auf je sechs Monate, gegen Sprenger auf 1 Jahr und 2 Monate, gegen Brenzmann auf 2 Jahre und 1 Monat, gegen Ziebell auf 2 Jahre und 6 Monate, gegen Stapel auf 3 Jahre und 6 Monate. Ehrverlust wurde ausgesprochen gegen Sprenger auf 2, gegen Ziebell und Brenzmann auf je 3 und gegen Stapel auf 4 Jahre.

* Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich heute die Frau des Oberschweizers Rodeler, Marie geb. Schrei, aus Linde wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Die Angeklagte wohnte mit den Arbeiter Koschorek'schen Eheleuten in demselben Hause, die Letzteren waren katholisch und es gab deshalb oftmals Streit zwischen den Kindern. Am 16. November 1897 mischten sich auch die Mütter ein und nach einem heftigen Wortgefecht kam es zu Thätlichkeiten. Die R. versetzte ihrer Gegnerin einen Stoß vor die Brust, sodaß sie rücklings eine vor der Hausthür befindliche Steintreppe hinabstürzte, dabei trug die Frau K. so schwere innere Verletzungen davon, daß sie zwei Tage später starb. Die Angeklagte behauptete heute, sie habe sich in der Nothwehr befunden, da die K. mit einem Besenstiel auf sie losgegangen sei. Die Geschworenen sprachen die Frau R. der einfachen Körperverletzung schuldig und wurde dieselbe daraufhin zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Prenzlau, 7. März. [Die Geschichte eines Hosenbodens.] Das Landgericht Prenzlau hat am 30. Dezember den Gefangenaufseher Albert Goslich wegen Hehlerei und Unterschlagung zu Gefängniß verurtheilt. Die Unterschlagung besteht darin, daß er eine Kleinigkeit des Petroleums, welches er für Gefängnißzwecke in Verwahrung hatte, für sich verbraucht hat. Mit der Hehlerei hat es eine andere Bewandtniß. Goslich erfreute sich des Besitzes einer Diensthose, die an der der Ausnutzung am meisten ausgesetzten Stelle der Erneuerung bedurfte. Er übergab das Kleidungsstück dem Gefangenen S., der als Schneider beschäftigt wurde. Da man in den Gefängnissen möglichst sparsam mit allen Werthobjekten umzugehen gezwungen ist, so hätte es die Ordnung der Dinge verlangt, daß der Hosenboden aus alten Uniformstücken, die ihm zur Verfügung standen, hergestellt werde. Der Gefangene S. war aber splendid und benutzte widerrechtlich neuen Stoff dazu. Das Landgericht hat nun angenommen, daß S. sich des Diebstahls schuldig gemacht habe, Goslich aber der Hehlerei, indem er in Kenntniß der Umstände den für ihn fremden Hosenboden an sich brachte. — Auf die von ihm eingelegte Revision wurde Goslich heute vom Reichsgerichte von der Anklage der Hehlerei freigesprochen. Zu Unrecht sei vom Landgericht der Thatbestand der Hehlerei angenommen worden. Goslich habe nur seine Hose wieder in Empfang genommen, in welcher ein Theil fremdes Eigenthum war. Indem er aber sein Eigenthum wieder an sich nahm, welches ein untheilbares Ganze bildete, konnte er nicht das Bewußtsein haben, sich eine fremde Sache anzueignen.

Posen, 7. März. Dem polnischen Hetzblatt „Praca", welches wiederholt in der niedrigsten Weise die Polen zu Gewaltthätigkeiten gegen die deutschen „Fremdlinge" und „Eindringlinge" angereizt hat, ist endlich gerichtlich begegnet worden: der Redakteur des Blattes wurde wegen Aufreizung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt; der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt.

Bremen, 7. März. Der Kassirer Jacobi, welcher der hiesigen Tabakfirma Reinhard Bädecker 93 000 Mark veruntreute, wurde zu 4½ Jahren Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

— Etwa zwanzig weitere Klagen von Wittwen früherer Bureauhülfsarbeiter wegen Zahlung einer Wittwenpension stehen dem Magistrat Berlin bevor. Der zweite dieser Prozesse ist jetzt zu Ungunsten der Stadt von der 18. Zivilkammer des Landgerichts I entschieden worden. Die Wittwe des Bureauhülfsarbeiters Rosinski hatte gegen die Stadtgemeinde Berlin Klage auf Zahlung der ihr nach dem Ortsstatut vom 5. Mai und 5. Juni 1890 zustehenden Wittwenpension erhoben. Die Stadtgemeinde Berlin wurde dem Klageantrage gemäß verurtheilt.

Vermischte Nachrichten.

— [Schicksal eines Antisemitenhäuptlings.] Agramer Blätter melden, wie das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt: Dieser Tage verlobte sich die Tochter eines der Führer der Antisemitenpartei in Agram, des Landtagsabgeordneten Dr. Marian Derencsin, mit dem dortigen Zahnarzt Dr. Eugen Rado-Rosenberg. Fräulein Lisette Derencsin trat aus diesem Anlaß zum Judenthum über und nahm den Namen Sarah an.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. März. Wetter: Bedeckt. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 762 Millimeter. Wind: OSO.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 41,80 bez.

Berlin, 8. März. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 42,30, loco 50er amtlich 61,00.

London, 8. März. Wetter: Kalt.

Berlin, 8. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	103,90
do. do. 3½%	103,80
do. do. 3%	98,10
Deutsche Reichsanl. 3%	97,25
Pomm. Pfandbriefe 3½%	101,80
do. do. 3%	92,40
do. Neuländ. Pfdbr 3½%	100,50
3% neuländ. Pfandbriefe	92,40
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	101,10
do. 3%	92,80
Italienische Rente	—,—
do. 3% Eisenb.-Oblig.	59,10
ungar. Goldrente	103,70
Rumän. 1881er am. Rente	101,20
Serbische 4% 95er Rente	62,50
Griech. 5% Goldr. v. 1890	36,50
Rum. amort. Rente 4%	94,75
Mexikan. 6% Goldrente	99,30
Oesterr. Banknoten	170,15
Russ. Banknoten Cassa	216,75
do. do. Ultimo	216 50
Gr. Russ. Zollcoupons	324,20
Französische Banknoten	81,00
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	86,60
do. (100) 4%	84,00
do. (100) 4%	82,00
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	80,50
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Bulc.-At. Littr. B.	183,00
Stett. Bulc.-Prioritäten	186,25
Stettiner Straßenbahn	167,00
Petersburg kurz	216,20
Warschau kurz	216,25
London kurz	204,60
London lang	203,10
Amsterdam kurz	169,40
Paris kurz	80,90
Belgien kurz	80,7
Berliner Dampfmühlen	127,10
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	98,10
„Union", Fabrik chem Produkte	124,30
Barziner Papierfabrik	191,00
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	187 25
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,75
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,75
Stett. Stadtanleihe 3½%	100,30

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	204,50
Berliner Handels-Gesellsch.	171,10
Oesterr. Credit	229,10
Dynamite Trust	177.00
Bochumer Gußstahlfabrik	198,00
Laurahütte	182,50
Harpener	175,75
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	188,75
Dortm. Union Littr. C.	97 90
Ostpreuß. Südbahn	93,50
Marienburg-Mlawkabahn	84,75
Norddeutscher Lloyd	117,50
Lombarden	34,90
Franzosen	145,90
Luxemb. Prince-Henribahn	112,60

Tendenz: Abgeschwächt.

Paris, 7. März, Nachmittags. (Schlußkourse.) Matt.

	7.	5.
3% Franz. Rente	104,10	104,35
5% Ital. Rente	94,10	94,75
Portugiesen	19,81	—,—
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	—,—
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen do 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	68,55	68 80
3½% Russ. Anl.	102 30	101,80
3% Russen (neue)	97,10	97,75
4% Serben	—,—	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	57,47	59,50
Convert. Türken	22,32	22,55
Türkische Loose	109,50	110,50
4% türk. Pr.-Obligationen	473,00	475,00
Tabacs Ottom.	285,00	284,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	676,00	680,00
Oesterreichische Staatsbahn	732,00	735,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3520	—,—
B. de Paris	925,00	935,00
Banque ottomane	552,00	557,00
Credit Lyonnais	856,00	866 00
Debeers	684,00	712,00
Langl. Estat.	82,00	82,00
Rio Tinto-Aktien	706,00	722,00
Robinson-Aktien	200,00	201,00
Suezkanal-Aktien	3495	3515
Wechsel auf Amsterdam kurz	207,12	207,12
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122 9/16	122 9/16
do. auf Italien	4,87	4,87
do. auf London kurz	25,27½	25,27½
Cheque auf London	25,29½	25 29½
do. auf Madrid kurz	362,00	365,40
do. auf Wien kurz	208,12	208,12
Huanchaca	42,00	41,00
Privatdiskont	1⅞	1⅞

Hamburg, 7. März, 6 Uhr Abends (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Kaffee good average Santos per März 29,75, per September 30,50. Behauptet.

Hamburg, 7. März, 6 Uhr Abends. Zuckermarkt. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg per März 9,30, per August 9,62½, per Oktober-Dezember 9,45. Behauptet.

Bremen, 7. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 5,40 B. Schmalz fest. Wilcox 29¼ Pf., Armour shield 29¼ Pf., Cudahy 30¼ Pf., Choice Grocery 30¼ Pf., White label 30¼ Pf. Speck behauptet. Short clear middl. loko 29¼ Pf. — Reis fest.

Pest, 7. März, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr 11,93 G., 11,95 B., per September 9,01 G., 9,03 B. Roggen per Frühjahr 8,52 G., 8,54 B. Hafer per Frühjahr 6,52 G., 6,54 B. Mais per Mai-Juni 5,35 G., 5,37 B. Kohlraps loko —,— G., —,— B. — Wetter: Regen.

Amsterdam, 7. März, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unver. per März 238,00, per Mai —,—, Roggen loko unv., do. auf Termine träge, per März 137,00, per Mai 134,00, per Juli —,—, per Oktober 123,00. Rüböl loko 28,00, per Mai 26,25, per Herbst 23,75.

Amsterdam, 7. März. Java-Kaffee good ordinary 35,00.

Amsterdam, 7. März. Bancazinn 39,25.

Antwerpen, 7. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste behauptet.

Antwerpen, 7. März, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 15,87 bez. u. B., per März 15,87 B., per April-Mai 15,87 B. — Fest.

Schmalz per März 65,25.

Paris, 7. März, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88% loko 29,25 bis 29,75. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 32,25, per April 32,37, per Mai-August 32,87, per Oktober-Januar 30,50.

Paris, 7. März, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per März 28,60, per April 28,55, per Mai-Juni 28,25, per Mai-August 27,50. Roggen ruhig, per März 17,30, per Mai-August 17,00. Mehl beh., per März 61,50, per April 61,35, per Mai-Juni 60,65, per Mai-August 59,35. Rüböl behpt., per März 52,75, per April 53,00, per Mai-August 54,00, per September-Dezember 54,50. Spiritus beh., per März 44,50, per April 44,25, per Mai-August 43,50, per September-Dezember 39,50. — Wetter: Kalt.

Havre, 7. März, Vorm. 10 Uhr 20 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 36,25, per Mai 36,50, per September 37,25. Behauptet.

London, 7. März. 96proz. Javazucker 11,00, stetig. Rüben-Rohzucker loko 9 5/16, stetig. Centrifugal —,—.

London, 7. März, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schluß.) Sämtliche Getreidearten ruhig, Weizen ½ Sh. niedriger als vorige Woche. Andere Artikel unverändert. Angekommene Weizenladungen Tendenz zu Gunsten der Käufer. Schwimmendes Getreide unverändert, schwimmender Mais reichlich angeboten.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 15 868, Gerste 38 001, Hafer 78 209 Quarters.

London, 7. März. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 50 Lstr. 7 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 65 Lstr. 5 Sh. — d. Zink 18 Lstr. 5 Sh. — d. Blei 12 Lstr. 12 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 46 Sh. 6 d.

London, 7. März. Spanisches Blei 12 Lstr. 11 Sh. 3 d.

Glasgow, 7. März, Nachmittags. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. 3 d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. 7 d.

Glasgow, 7. März. Die Verschiffungen von Roheisen betrugen in der vorigen Woche 5080 Tons gegen 3618 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 7. März, Abends 6 Uhr.

	7.	5.
Baumwolle in Newyork	6,25	6 5/16
do. Lieferung per April	—,—	6,15
do. Lieferung per Juni	—,—	6,20
do. in Neworleans	5,75	5,75
Petroleum, raff. (in Cases)	6,55	6,55
Standard white in Newyork	5,90	5,90
do. in Philadelphia	5,85	5,85
Credit Balances at Oil City Febr.	82,00	82,00
Schmalz Western steam	5,35	5,40
do. Rohe und Brothers	5,80	5,80
Zucker Fair refining Moscovados	3 11/16	3 11/16
Weizen willig.		
Rother Winterweizen loko	107,12	107,62
per März	106,12	105,87
per April	—,—	—,—
per Mai	100,37	100,62
per Juli	91,37	91,62
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,12	6,25
per April	5,50	5,50
per Juni	5,60	5,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	4,00	4,00
Mais kaum stetig,		
per März	—,—	—,—
per Mai	34,75	35,00
per Juli	35,75	36,12
Kupfer	12,00	12,00
Zinn	14,30	14,20
Getreidefracht nach Liverpool	3,25	3,25

Chicago, 7. März.

	7.	5.
Weizen willig, per März	102,50	104,50
per Mai	104,75	105,75
Mais kaum stetig, per März	28,25	28,75
Pork per März	10,20	10,35
Speck short clear	5,37½	5,37½

Wollberichte.

Bradford, 7. März. Wollmarkt. Wolle ruhig aber stetig, Garne gedrückt, ausgenommen Mohairgarne, Stoffe ruhig.

Wasserstand.

* **Stettin**, 8. März. Im Revier 5,75 Meter = 18' 4".

Telegraphische Depeschen.

Köln, 8. März. Die „Köln. Ztg." schreib zu der Meldung des „Reichsanzeiger" von dem definitiven Abschluß der Verhandlungen mit China, diese Nachricht werde in ganz Deutschland und in allen deutschen Kreisen volle Befriedigung hervorrufen. Denn von nun an sei die Besetzung der Kiaotschau-Bucht eine Thatsache und aus dem Streite der internationalen Gegensätze endgültig ausgeschieden. In letzter Zeit seien noch wiederholt Versuche gemacht worden, die durchweg auf das freundschaftlichste geführten Verhandlungen zwischen Deutschland und China zu beeinträchtigen, die sich indessen als verlorene Liebesmüh herausgestellt haben. Fortan könne nichts mehr an der Thatsache ändern, daß die reiche, entwickelungsfähige Provinz Shantung bestimmt sei, durch deutschen Gewerbefleiß und deutsche Kultur aufgeschlossen zu werden.

Wien, 8. März. Das Befinden der Kronprinzessin-Wittwe Stephanie ist andauernd ein befriedigendes. Gegen 11 Uhr Nachts trat ein längerer gesunder Schlaf ein. An das belgische Königspaar wurde noch gestern ein Telegramm abgesandt, des Inhalts, daß keine Lebensgefahr mehr vorhanden sei.

Wien, 8. März. Die Journale besprechen das neue Ministerium noch ziemlich zurückhaltend, aber nicht ungünstig. Fast die gesamte Presse vertritt die Ansicht, daß Graf Thun als Politiker und Staatsmann ernst zu nehmen sei und es demselben an ehrlichem Willen, Muth, Energie und Ausdauer nicht fehlt, Ordnung in die verworrenen österreichischen Parteiverhältnisse zu bringen. Ob aber dieses Experiment gelingen werde, sei noch sehr unsicher.

London, 8. März. „Daily Mail" meldet aus Hongkong, daß ein Aufstand auf den Philippinen ausgebrochen ist. 53 Spanier wurden getödtet. Nähere Nachrichten fehlen noch, weil die telegraphischen Linien zerstört sind.

Konstantinopel, 8. März. Der russische und der englische Botschafter übergaben der Pforte eine Beschwerde gegen die fortgesetzten Verfolgungen in den von den Armeniern bewohnten Provinzen, sowie gegen die thatsächlich vorgekommenen Ausschreitungen gegen Macedonier. Es wird in dieser Note die dringende Aufforderung an die Regierung gerichtet, für die schleunigste Herstellung geordneter Zustände zu sorgen.

Einem Gerücht zufolge soll der Sultan durch den Kriegsminister allen Valis in Klein-Asien den Auftrag ertheilt haben, 200 000 Redifs zu formiren und marschbereit zu halten.